

Pakt Zukunft

Breitbandinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

4. Aktionsplan 2009

Entwurf (Stand: 07.09.09)



1. Die Ausgangslage
2. Die Ziele
3. Die Handlungsansätze
4. Erfahrungen vor Ort

1. Die Ausgangslage

- Die moderne breitbandige Telekommunikationstechnologie hat sich in den letzten Jahren zu einem elementaren Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die Zukunftsfähigkeit von Kommunen und die Kommunikation der Bevölkerung entwickelt.
- Dies gilt in besonders hohem Maße für die wissensbasierte Informationsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.
- Eine hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur hat heute eine vergleichbar hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung wie die klassischen Versorgungsinfrastrukturen für Transport, Wasser, Elektrizität oder Gas.
- Breitband ist Basisinfrastruktur mit hohem wirtschaftlichem Potenzial. Eine OECD-Studie (2006) bestätigt die Bedeutung der Breitbandtechnologie, deren Nutzung bis 2011 mit etwa einem Drittel zum Produktivitätszuwachs in den Industrieländern beitragen wird.
- Mit Hilfe der Breitbandtechnologie ist die schnelle Übermittlung großer Datenmengen über beliebige Entfernungen möglich, was Voraussetzung ist für zahlreiche neue Anwendungen wie Videokonferenzen, Telemedizin, Telearbeit, Internet-Telefonie, E-Learning, E-Government, Online-Shopping, Internet-Spiele, Musikdownloads, Video on Demand, Fernsteuerungs- und Überwachungssysteme etc.
- Im Umkehrschluss ist das Fehlen von Breitbandinfrastruktur ein Hindernis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da die Möglichkeit eines Home office (Heimarbeitsplatz) damit entfällt.
- Die Anwendung dieser Möglichkeiten setzt eine flächendeckende Verfügbarkeit mit den notwendigen technischen Infrastrukturen voraus.
- Die Implementierung neuer technischer Infrastrukturen in privatisierten Märkten folgt vornehmlich wirtschaftlichen Abwägungen: Große Potentiale mit begrenztem Aufwand zu generieren gelingt am ehesten in den Ballungsräumen mit hoher Bevölkerungsdichte auf engem

Raum. Deren Ausstattung mit der notwendigen Infrastruktur für die Nutzung von Breitband ist heute überwiegend als gut zu bezeichnen, wenngleich auch hier vor allem Qualitätslücken bestehen.

- Umgekehrt wird die geringere Siedlungsdichte bei gleichzeitig größeren Distanzen zu einem entsprechenden Nachteil für die ländlichen Räume, weil der Infrastrukturaufbau hier einen höheren Investitionsaufwand erfordert und damit die Wirtschaftlichkeitsgrenze sinkt. Der Ausstattungsgrad dieser Räume mit Breitband ist nur partiell gut; viele Gemeinden, Teilgemeinden oder Gemeindeteile sind bis heute ohne einen Breitbandanschluss.
- Die Schnelligkeit des technologischen Fortschritts gerade im Bereich der Telekommunikationstechnologien und die Konkurrenzsituation der Anbieter führen zusätzlich dazu, dass immer neue Techniken in Ballungsräumen zur Anwendungen kommen (siehe Kabel BW), bevor der gesamte Raum flächendeckend versorgt ist. Hier öffnet sich die Schere zu Ungunsten ländlicher Räume.
- Zwar weist Deutschland laut der neuesten OECD-Studie von den einwohnerstarken Flächenländern mit ca. 3,6% für das Jahr 2008 das stärkste Wachstum an Breitbandversorgung unter den 30 OECD-Ländern auf, jedoch erreicht es mit 27,4 Einwohnern pro 100 Einwohnern im Vergleich nur einen oberen Mittelplatz (Rang 14 von 30) und liegt damit lediglich knapp über dem Durchschnitt.
- Breitband ist nicht gleich Breitband – es gibt keine Definition für Breitband, die zugleich der hohen dynamischen Entwicklung dieser Technologie gerecht wird. Im Breitbandatlas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wird von einer Breitbandigkeit ab 128 KBit/sec. ausgegangen. Die OECD spricht von Breitband ab 256 KBit/sec. In Baden-Württemberg gilt allgemein eine Grenze von 1 Mbit/sec. für die Förderfähigkeit. 16 Mbit/sec. werden derzeit in vielen Ballungsräumen angeboten. Das neue VDSL-Netz ermöglicht Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/sec. In nicht allzu ferner Zukunft werden

100 oder 200 Mbit/sec. für realistisch und erforderlich gehalten. Kabel BW bietet 100 Mbit/sec. seit Anfang September in Teilen der Region Heilbronn-Franken an. (siehe Heilbronner Stimme vom 07.09.09)

- Die niedrigen Datentransferraten offizieller Stellen zur Einschätzung der Breitbandversorgungsstruktur werden vielfach kritisch beurteilt und als heute schon nicht mehr zeitgemäß eingeschätzt. Die Ergebnisse einer aktuellen Studie im Auftrag des Landes Baden-Württemberg zum „Breitbandzugang als Standortfaktor für Unternehmen im Ländlichen Raum“ (Juli 2009) stützen diese Einschätzung: Danach besteht beispielsweise bei den Unternehmen derzeit bereits ein durchschnittlicher Breitbandbedarf von ca. 6 Mbit/sec.
- Die stete Zunahme gewaltiger Datenmengen, die wachsende Komplexität der Daten sowie die stark steigende Nachfrage nach Echtzeit in einem weltumspannenden Informationssystem werden zu einem weiterhin überproportional steigenden Bedarf an Leistung – also großen Bandbreiten – führen.
- Für den Zugang zum Breitbandnetz stehen unterschiedliche Techniken zur Verfügung: Am weitesten verbreitet ist der Zugang über das Telefonleitungsnetz (DSL, VDSL) sowie der Zugang über aufgerüstete Kabel (Fernsehkabel). Alternativ sind Zugangsmöglichkeiten über Funk (WLAN, WIMAX) oder Richtfunk möglich, über Mobilfunk (UMTS, HSDPA/HSUPA, LTE), über Satellit oder über das Stromnetz (powerline). Im Einzelfall sind auch Endkunden-Lösungen mit Richtfunk oder Glasfaser realisierbar. Alle Systeme haben ihre spezifischen Vor- und Nachteile – ihre Grenzen definieren sich meist an den Distanzen, der Kapazität und/oder der fehlenden/suboptimalen Bidirektionalität sowie der Mobilität.
- Die Glasfaser als Transportmedium wird heute allgemein als die optimale und zukunftssträchtigste Lösung eingeschätzt. Die Kapazität des weit verbreiteten Kupferkabels ist mittlerweile technisch nahezu ausgereizt, wird aber für die Endkunden noch für lange Zeit das typische

Verbindungsmedium bleiben. Je höher der Anteil an Glasfaser zwischen dem Sender und dem Empfänger von Informationen ist, desto höher ist die Kapazität. Der optimale Zustand ist gegeben, wenn der Transportweg vom Hauptverteiler zu 100% durch Glasfaser erfolgt und bis in die Wohnung des Nutzers führt. Diese höchste Ausbauqualität wird als „fibre to the home“ (FTTH) bezeichnet.

- Alternative Techniken zu DSL machen teilweise rasante technische Fortschritte. Im Bereich der Funktechnologien müssen die Chancen, die sich aus freiwerdenden Frequenzen im Zuge des Aufbaus des digitalen Fernsehens ergeben, schnell für Breitbandanwendungen genutzt werden („Digitale Dividende“). Besonders die freiwerdenden niedrigen Frequenzen eröffnen die Chance auf eine Verdopplung der Reichweiten im Vergleich zu heute und damit auf bessere Erreichbarkeiten insbesondere in topographisch schwierigen und ländlichen Räumen mit disperser Siedlungsstruktur. Die Versorgung der dazu notwendigen Basisstationen wird allerdings auch zukünftig mit Glasfaser oder Richtfunk erfolgen.
- Im Februar 2009 hat die Bundesregierung ihre Breitbandstrategie beschlossen, mit der zunächst bis Ende 2010 flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse verfügbar sein sollen. Als ‚leistungsfähig‘ sieht die Bundesregierung eine Bandbreite von mindestens 1 Mbit/sec. an. Bis 2014 sollen für 75% aller Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/sec. zur Verfügung stehen, bald danach soll eine flächendeckende hochleistungsfähige Breitbandinfrastruktur bereitstehen.
- Die Initiative des Bundes, die zur Beschleunigung des Versorgungsaufbaus insbesondere in den un-/unterversorgten ländlichen Räumen auch eine engere Kooperation der großen Telekommunikationsanbieter implizierte, wird derzeit durch die Reaktion der Deutschen Telekom auf eine Entscheidung der Bundesnetzagentur für die Mitnutzungsgebühr der ‚letzten Meile‘ durch Dritte erschwert. Der monatliche Mietpreis für die Teilnehmeranschlussleitung wurde mit Entscheidung vom 31. März

2009 um 0,30 € gesenkt, was die Deutsche Telekom zu einer sehr restriktiven Investitionstätigkeit und zu zögerlicher Realisierung bereits abgeschlossener Kooperationsverträge mit Gemeinden veranlasste. Der Baubeginn vieler Maßnahmen soll danach oftmals erst in der zweiten Jahreshälfte 2010 erfolgen.

- Eine andere Form der Zusammenarbeit findet derzeit zwischen den Konkurrenten Deutsche Telekom und Vodafone statt, die mit Pilotprojekten in Heilbronn und Würzburg den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen VDSL-Netzes mit bis zu 50 Mbit/sec. erproben. In Heilbronn baut Vodafone das VDSL-Netz auf, zu dem die Telekom ihre Infrastruktur öffnet. Entsprechend dem Vorwahlbezirk werden in Heilbronn ca. 50.000 Haushalte Zugang zum Hochgeschwindigkeitsnetz erhalten, das dann statt bisher 6 Mbit/sec. ca. 25 Mbit/sec. als Standardbreite haben wird. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass diese Zusammenarbeit fortgesetzt und möglicherweise ausgeweitet wird.
- Das Land Baden-Württemberg bündelt seine Maßnahmen für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur in der Sonderlinie „Breitbandinfrastruktur Ländlicher Raum“ im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR). Die Förderung (Stand 15.05.2009) konzentriert sich auf A) Modellprojekte und modellhafte Vorhaben, B) die Verlegung von Leerrohren und C) Zuwendungen der Gemeinden an Netzbetreiber zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke. Während die Einreichung von Modellprojekten und modellhaften Vorhaben (A) jederzeit möglich ist, gibt es für die übrige Förderung (B und C) im Jahr 2009 zwei Tranchen mit Terminfristen (2. Tranche: 30. Oktober 2009). Antragsberechtigt sind Gemeinden in ländlich geprägten Orten, deren Breitbandversorgung weniger als 1 Mbit/sec. ist. Einzige Ausnahme: Bei in einem räumlichen Zusammenhang liegenden Gewerbebetrieben (fünf Betriebe und mehr) mit einem nicht gedeckten symmetrischen Bedarf ist eine Förderung auf bis zu 40 Mbit/sec. möglich.

2. Die Ziele

Als Ergebnis aus der Beschreibung der Ausgangslage können folgende Feststellungen und regionalen Ziele formuliert werden:

- Die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Württembergs und der Region Heilbronn-Franken mit Breitbandanschlüssen ist unvollständig. Insbesondere in ländlich strukturierten Räumen – von der die Region Heilbronn-Franken zu über 80% ihrer Fläche gekennzeichnet ist – bestehen erhebliche Mängel schon bei einer Grundversorgung mit geringen Bandbreiten. Zahlreiche Gemeinden, Teilgemeinden oder Gemeindeteile haben bis heute keinen Zugang zum Breitband. Aber auch in den verdichteten Bereichen der Region sind Gebiete mit nicht zufriedenstellender zeitgemäßer Breitbandversorgung zu finden.

Ziel: Regionales Ziel muss es sein, so schnell wie möglich alle Breitbandversorgungslücken in der Region Heilbronn-Franken zu schließen, um den Grundbedarf flächendeckend zu befriedigen. Dazu können unterschiedliche Techniken zum Einsatz kommen (Technologiemix).

- Die Glasfaser behauptet sich als zukunftssträchtige „Premiumversion“ der Transportinfrastruktur für die Breitbandversorgung. Nach derzeitigem Kenntnisstand können mit der Glasfaser alle technischen Optionen der Zukunft offen gehalten werden. Der Ausbau der Breitband-Glasfasernetze in die Fläche und die Schließung von Lücken im bestehenden Netz sind daher unabdingbar, soll die künftige Breitbandversorgung zukunftssicher gestaltet werden.

Ziel: Mittel- bis langfristiges Ziel der Region Heilbronn-Franken muss der Aufbau eines Glasfasernetzes sein, das die Region quasi flächendeckend abdeckt. Andere Lösungen sollten auf Einzelfälle beschränkt sein.

- Der Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes erfordert eine koordinierte systematische Verlegung von Leerrohren einerseits über größere Distanzen z.B. von Hauptverteilern oder von Hauptleitungen zu Teilorten oder Ortsteilen, andererseits aber auch innerörtlich/innerstädtisch, um so dicht wie möglich an die Haushalte heran zu kommen. Wettbewerbsneutrale Leerrohre sollten kommunalseits, aber auch seitens anderer öffentlicher Aufgabenträger regelmäßig vorsorglich bei allen Tiefbauarbeiten verlegt werden, um den erfahrungsgemäß größten Kostenfaktor des Ausbaus der Glasfaserinfrastruktur zu minimieren. Vorhandene und neue Glasfaserleitungen sind zu erfassen und zu dokumentieren, um jederzeit Kenntnis über den jeweils aktuellen Bestand von Netz und Knoten zu haben. Durch Öffnung bestehender Glasfaserinfrastrukturen für Dritte können Kosten gesenkt und der Ausbau der Netze effizienter gestaltet und beschleunigt werden.

Ziel: Das regionale Ziel der zügigen flächendeckenden Ausstattung der Region Heilbronn-Franken mit einem Glasfaser-Breitbandnetz erfordert das systematische regelmäßige Verlegen von wettbewerbsneutralen Leerrohren bei allen Tiefbauarbeiten auf der Gemarkung. Zur Erfassung und Fortschreibung des Gesamtnetzes ist insbesondere die Eruierung bestehender Glasfaserleitungen, aber auch die Dokumentation neuer Leitungen notwendig. Bestehende Glasfaserleitungen sollten für Dritte geöffnet werden.

- Die Bandbreite des Breitbands fällt sehr unterschiedlich aus. Fest steht, dass der Bedarf an Bandbreite in den kommenden Jahren überproportional steigen wird. Bisher als breitbandig bezeichnete Bandbreiten von 1 bis 2 Mbit/sec. sind nicht zukunftsträchtig. Sie können als Übergangslösung akzeptiert werden, um einen Einstieg in die Breitbandnutzung zu ermöglichen, wenn andere technische Voraus-

setzungen nicht schnell genug verfügbar bzw. realisierbar sind. Die Mehrzahl der Unternehmen hat bereits heute einen Breitbandbedarf von ca. 6 Mbit/sec. (Unternehmensbefragung „Breitbandzugang als Standortfaktor für Unternehmen im Ländlichen Raum“ des Landes Baden-Württemberg, Juli 2009).

Ziel: Mittel- bis langfristiges Ziel der Region Heilbronn-Franken muss es sein, mit einem modernen, flächendeckenden und dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik entsprechenden Breitband-Infrastrukturnetz ausgestattet zu sein. Bandbreiten von 1 bis 2 Mbit/sec. können nur eine Start- bzw. Zwischenlösung für unversorgte bzw. schlecht versorgte Räume sein. Flächen-deckende Bandbreiten von 5 bis 6 Mbit/sec. sollten zumindest mittelfristig angestrebt werden.

- Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Telekommunikations-technologien werden weiter steigen. Die technischen Antworten darauf erfolgen in immer kürzeren Zyklen. Die Implementierung des technologischen Fortschritts beschränkt sich bislang all zu oft nur auf die großen Städte und Ballungsräume – die übrigen Räume erreicht der Fortschritt nicht mehr oder allenfalls verspätet. Dies widerspricht den raumordnerischen Grundsätzen nach Schaffung und Erhalt gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland und in der Region. Vielmehr droht eine Spaltung des Landes und der Regionen in der Telekommunikationsinfrastrukturausstattung.

Ziel: Ziel der Region Heilbronn-Franken muss es sein, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen auch im Bereich der Telekommunikationsinfrastruktur zu schaffen und eine Spaltung zu vermeiden bzw. abzuwenden. Auf Basis eines flächendeckenden Glasfasernetzes sollten technologische Fortschritte möglichst zeitgleich in allen Teilräumen zur Verfügung gestellt werden.

- Die Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass vor allem in ländlichen Räumen mit geringerer Bevölkerungsdichte Kommunen zunehmend an der Finanzierung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur, insbesondere von DSL, beteiligt werden. Ohne direkte oder indirekte finanzielle Beteiligung der Kommunen in sogenannten „Kooperationsverträgen“ an Tiefbaumaßnahmen, Kosten für Leerrohre, Garantien für Mindestkundenzahlen oder sonstigen finanziellen Zuschüssen ist ein (schneller) Anschluss oftmals nicht mehr möglich. Kommunen geraten dadurch leicht in Konflikt mit europäischem Wettbewerbsrecht, das eine strikte Wettbewerbsneutralität vorschreibt, auch wenn es mittlerweile entsprechende Vereinbarungen mit dem Land Baden-Württemberg gibt. Dies macht deutlich, dass die Marktmacht einzelner Unternehmen größer ist als die Macht vieler Kommunen und weist auf eine tendenzielle Ungleichbehandlung in der Breitbandinfrastrukturausstattung hin: Kleine Kommunen müssen mitfinanzieren, große Kommunen nicht.

Ziel: Regionales Ziel sollte es sein, kostenintensive Einzelkoperationen mit Telekommunikationsinfrastrukturunternehmen möglichst zu minimieren oder zu vermeiden. Eine optimale Breitbandversorgung liegt nicht nur im Interesse der einzelnen Kommune, sondern in einem gesamt- und regionalwirtschaftlichen Interesse. Die Breitbanderschließung orientiert sich zudem nicht an Gemeindegrenzen, sondern an potenziellen Nutzerstrukturen und vorhandenen nutzbaren Infrastrukturen. Eine interkommunale Zusammenarbeit zum Aufbau bzw. zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur („gemeinsam statt allein“) kann daher Bündelungs- und Synergieeffekte generieren und darüber hinaus zu einer Attraktivierung von Marktzutrittsgebieten und zu einer Stärkung der kommunalen Macht gegen über der Marktmacht

einzelner Infrastrukturanbieter beitragen und damit zur Reduzierung finanzieller Aufwendungen führen.

3. Die Handlungsansätze

Die Formulierung der Ausgangslage und der Ziele machen deutlich, dass erhebliche Anstrengungen für die Realisierung einer optimalen zukunftsträchtigen Breitbandversorgung notwendig sind. Dazu müssen viele Akteure beitragen – von der Kommune bis zum Land und Bund, vom Ingenieurbüro bis zum Telekommunikationsberater, von den Telekommunikationsanbietern bis zu den technischen Ausrüstern. Sie alle müssen an einem Strang ziehen.

Der Pakt Zukunft als regionaler Zusammenschluss von Wirtschaft und Kommunen kann den technischen Ausbau der Breitbandinfrastruktur nicht direkt fördern und nur in begrenztem Umfang eigene regionale Förderinstrumente für die schnelle Umsetzung der formulierten Ziele entwickeln. Vielfältige Förderinstrumente liegen seitens des Bundes bzw. Landes dazu vor.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass einerseits der Druck von Bevölkerung und Wirtschaft auf die Kommunen, aktiv zu werden, in jüngster Zeit deutlich angestiegen ist und das kommunale Bewusstsein für die Notwendigkeit des Anschlusses an die Breitbandversorgung innerhalb kurzer Zeit stark zugenommen hat; andererseits ist ein deutliches Informationsdefizit beim Thema Breitbandversorgung weit verbreitet, was nicht zuletzt an dem sehr technischen, breiten und tiefen Themenkomplex und der technischen Sprache liegen dürfte.

Große Kommunen und große Firmen gleichermaßen wissen sich in der Regel selbst zu helfen, in dem sie Beratungsdienstleistungen einkaufen oder selbst generieren. Anders sieht es bei kleineren und kleinen Kommunen aus – hier fehlen oftmals Personal, Zeit oder auch finanzielle Ressourcen, um sich in adäquater Weise mit der Thematik Breitband in der notwendigen Tiefe beschäftigen zu können. Insbesondere die durch die Privatisierung des Telekommunikationswesens in Deutschland ausgelöste Notwendigkeit, sich mit

verschiedensten privaten Anbietern in einem bislang unbekanntem technischen Bereich auseinander setzen zu müssen und gleichzeitig strenge europäische Regelungen zur Einhaltung von Wettbewerbsvorschriften zu berücksichtigen, erschweren die Situation zusätzlich.

Hier sieht der Pakt Zukunft einen wesentlichen Ansatzpunkt, um das Thema Breitbandinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken zu forcieren und schnell erste Ergebnisse/Erfolge vorweisen zu können („Hilfe zur Selbsthilfe“).

Es wird ein modulares System vorgeschlagen, das

- zunächst schnelle Unterstützung für einzelne Kommunen oder Betriebe ermöglicht,
- zeitnah den Aufbau z.B. eines regionalen Informationssystems beinhaltet und
- im Laufe der Zeit weiterentwickelt werden kann.

Die aufgeführten Inhalte der einzelnen Bausteine verstehen sich als Vorschläge und sind modifizierbar/diskutierbar:

Baustein I „Erstberatung“:

- Aufbau einer technologieneutralen Beratungsdienstleistung für Kommunen und Wirtschaft in der Region Heilbronn-Franken
- Einrichtung einer externen regionalen Telefon-Hot-Line für eine direkte und kompetente neutrale Beratungsfunktion
- Schnelle Informationsverbesserung durch Einrichtung eines regionalen Newsletters „Breitband“
- Unkomplizierte, schnelle und kostenlose technologieneutrale Erstberatung vor Ort
- Vertiefende Zweitberatung/Konzeptskizzierung
- Eruierung und Initiierung interkommunaler Zusammenarbeit zur Stärkung der Marktmacht
- Betreuung durch eine Beratungseinrichtung, die die Funktion des regionalen kompetenten Fachansprechpartners zum Thema Breitband übernimmt („Scout“)
- Beratung von Unternehmen, Fragen der Zugänglichkeit von privaten Breitbandkabeln durch Dritte etc.
- Strategische/perspektivische fachliche Begleitung und Beratung auf regionaler Ebene
-

Baustein II „Kommunale Beratung“:

- Auftragsbearbeitung von Projekten für Kommunen und Unternehmen
- Beratung und Durchführung von Bestandsanalysen auf kommunaler Ebene
- Beratung für bzw. Durchführung von Bedarfsanalysen auf kommunaler Ebene
- Initiierung und Beratung überkommunaler Zusammenarbeit/Lösungen (Netzlösungen)
- Strategieplanung und Umsetzung (Ausschreibungen, Angebotsvergleiche etc.)
- Realisierung/Implementierung von Breitbandinfrastrukturen
- Identifikation von Modellprojekten, Förderungsmöglichkeiten etc. mit anschließender Ausschreibung und Projektumsetzung
- Ggf. weitere Dienstleistungen wie Betriebsführung, Trainee etc.
-

Baustein III „Regionale Datenbank“:

- Ein regionaler Ansprechpartner erhält relativ schnell einen gebündelten Kenntniszuwachs über die regionale Telekommunikationsinfrastruktur und -situation
- Aufbau einer Datenbank über das Breitbandnetz/die Telekommunikationsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken (Glasfasernetz, Hauptverteilerstandorte, Funknetz/-mastenstandorte, sonstige Infrastrukturprovider etc.)
- Erfassung von „Weißen Flecken“, Kapazitätsengpässen etc.
- Controllingfunktion über den Ausbaufortschritt
- Weiterentwicklung der Datenbank für einen öffentlichen Zugang
- Generierung und Implementierung eines regionalen Breitband-/ Telekommunikationsportals
- Auswertung der Datenbankinhalte und (Weiter-)entwicklung regionaler Strategien
-

Baustein IV „Strategische Ziele“

- Vertiefende fachliche Beratung/Netzberatung auf überkommunaler Ebene
- Entwicklung mittel- bis langfristiger strategischer regionaler Konzepte
- Untersuchungen möglicher neuer Geschäftsmodelle und Anbieter von Telekommunikationsleistungen auf regionaler Ebene

4. Erfahrungen vor Ort

Gemeinsames Ziel von Land, Region, Kreisen und Gemeinden ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbanddiensten. Dazu leistet die ELR-Sonderlinie „Breitbandinfrastruktur Ländlicher Raum“ einen wesentlichen Beitrag.

In vielen Gesprächen vor Ort wird von Seiten der Kommunen immer wieder die Sonderlinie und deren Inanspruchnahme thematisiert. Dabei werden die Förderrichtlinien, -voraussetzungen und -bedingungen als unübersichtlich und aufwändig beschrieben, was einer der Gründe dafür sei, dass eine Antragstellung unterbleibt. Vielfach sind nach Aussagen der Kommunen die Ressourcen zur Erstellung der erforderlichen Marktanalysen nicht vorhanden. Gleiches gilt in ähnlicher Weise auch für die Landkreise.

Darüber hinaus besteht bei vielen Bürgermeistern und Kommunalverantwortlichen eine artikulierte Distanz zu möglichen Funklösungen, da diese als technisch nicht optimal angesehen und zugleich vielerorts Proteste der Bürgerinnen und Bürger erwartet werden, was in den Erfahrungen mit dem Ausbau der Mobilfunkversorgung begründet ist. Gerade Funklösungen sind aber in einem Wettbewerbsverfahren oftmals die finanziell günstigste Lösung und damit erste Wahl.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise erscheint manchem Bürgermeister und Kommunalverantwortlichen eine Investition in Leerrohre riskant, da im Ländlichen Raum allein die Existenz von Leerrohren bei weitem keine Garantie für eine Glasfaserinfrastruktur und damit eine Breitbandversorgung ist.

Die Erfahrungen aus einer sehr detaillierten und weitgehenden Breitbanduntersuchung in Künzelsau bestätigen, dass die Situation in jeder Kommune individuell betrachtet werden muss, und ein grobes Raster für Kommunen oder Landkreise kaum zu zielorientierten Lösungen führt. Die notwendigen Bestandsanalysen gleichen in weiten Teilen einer aufwändigen Detektiv- und Recherchearbeit und erfordern darüber hinaus auch informelle Informationsquellen.

Gerade aus der Gemarkungsgrenzen überschreitenden Analyse und darauf aufbauender Ausbaukonzepte ergeben sich wünschenswerte Synergieeffekte, die zu einer höheren Effizienz der eingesetzten Ressourcen führen können. So kann die richtige Positionierung von DSLAM (Verteilerkästen) zum Nutzen zweier oder mehrerer benachbarter Kommunen sein. Je weiter der Radius einer Untersuchung gezogen wird, umso stärkere Synergieeffekte sind zu erwarten. Aus diesem Grund bietet sich eine kreisweite bzw. im optimalen Fall eine regionsweite Breitbandkonzeption an.

Trotz der hohen Bedeutung der Breitbandversorgung für die Standortqualität des Landes Baden-Württemberg, der Regionen sowie der Stadt- und Landkreise und trotz der vielfältigen Aktivitäten des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum, der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg sowie der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg scheint noch nicht überall und bei allen Akteuren dem Standortfaktor Breitbandversorgung eine gleichwertige Priorität wie dem traditionellen Infrastrukturausbau (Straßen, Ver- und Entsorgung etc.) beigemessen zu werden.

Auch vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit Mittel für die Verbesserung der Breitbandversorgung auch für noch stärkere Informations- und Beratungsaktivitäten eingesetzt werden können, um dem Breitbandausbau im Ländlichen Raum einen zusätzlichen Schub zu geben. Eine Beratung

vor Ort sowohl zu technischen als auch zu Verfahrensfragen würde einen spürbaren Beitrag leisten.

Der Pakt Zukunft bittet daher das Ministerium für Ländlichen Raum zu prüfen, inwieweit eine Öffnung der Fördermöglichkeiten für Beratung und Konzepte möglich ist.

In einem weiteren Schritt erscheint es lohnenswert und notwendig, mit den Kommunen in eine Diskussion über neue Betreibermodelle zu treten. Auch wenn bisher kommunale Betreibermodelle im Wesentlichen nur in Großstädten (Köln und München) verwirklicht wurden, so stellen innovative kommunale Betreibermodelle dennoch auch eine Zukunftsoption für mittlere und kleine Kommunen dar - vielleicht sogar gerade für sie. Von den Kommunen vorgehaltene Netze reduzieren die Aufwendungen und Risiken von Diensteanbietern und erhöhen damit die Chancen auf eine hochwertige Breitbandversorgung.

Darüber hinaus würden Betreibermodelle auch die Möglichkeit eröffnen, im Falle von interkommunalen Kooperationen verstärkt Ringstrukturen in der Breitbandinfrastruktur zu entwickeln anstelle der bislang bevorzugten Sternstrukturen.

Das große gemeinsame Ziel „Breitband für alle“ wird von einem breiten Konsens getragen - worum es jetzt geht, ist die Optimierung der Zielerreichung.